

Vorwort

Jedes Forschungsprojekt hat seine ganz eigene Geschichte. So ist es auch bei dem Projekt, in dessen Kontext das vorliegende Buch entstanden ist. Der Band beruht auf der Dissertation von Andreas Anton, die von der Philosophischen Fakultät (hier dem Institut für Soziologie) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Jahre 2017 angenommen worden ist. Der Autor war drei Jahre lang ‚Bearbeiter‘ des von uns geleiteten Forschungsprojekts „Im Schatten des Szientismus“, welches großzügig von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert und vom Freiburger Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene (IGPP) nachhaltig unterstützt worden ist.

Im Zentrum jenes Projekts stand die multidimensionale Rekonstruktion des Umgangs mit dem „Paranormalen“ (Astrologie, Wunderheilung, Parapsychologie usw.) in der DDR. Die Fragestellungen, die methodischen Zugänge und das für die Analysen verwendete Forschungsmaterial werden im vorliegenden Band ausführlich beschrieben. Das möchten wir an dieser Stelle nicht vorwegnehmen. Kurz berichten wollen wir vielmehr über die für uns selbst herausstechendsten Ergebnisse unserer gemeinsamen Forschungsarbeit.

Zum einen ist hier hervorzuheben, dass – entgegen unserer Erwartung bei Antragstellung und Projektbeginn – in der DDR kein nennenswerter okkultur Untergrund existierte, im „Schatten des Szientismus“ mithin so gut wie gar nichts wuchs und ganz bestimmt nichts blühte. Die Wissensordnung der DDR-Gesellschaft hatte es vielmehr geschafft, innerhalb von nicht einmal zwei Jahrzehnten nach Ende des 2. Weltkriegs all jene Irrationalismen ‚auszurotten‘, die nach der dort herrschenden materialistischen Ideologie typisch für die vermeintlich dem Untergang geweihte kapitalistische Gesellschaftsordnung sein sollten. Bei diesem Vorhaben verstand die DDR sich nicht nur als Vollender der bürgerlichen Aufklärung, sondern auch als Keimzelle einer neuen sozialistischen Weltordnung. Und die war – zumindest der herrschenden Staatsideologie nach – durch eine materialistische Philosophie und eine streng wissenschaftlich-rationale Denkordnung geprägt. In wohl keiner anderen Gesellschaft Osteuropas war dieses Programm dabei so stark von den Idealen eines materialistischen Szientismus und Atheismus geprägt wie in der DDR. Wie dieses spezifisch deutsche Modell des Sozialismus aussah und welche Folgen es für den gesellschaftlichen Umgang mit abweichenden Wissensbeständen hatte, rekonstruiert Andreas Anton in seinem Buch minutiös. Überraschend für uns in diesem Kontext war allerdings weniger die (bereits bekannte) unduldsam szientistische Wissenspolitik der Partei- und Staatsführung der DDR, als der Befund, dass bereits nach wenigen Jahren Bevölkerung und Partei im Gleichschritt marschierten: Zumindest in Form der szientistischen Revolution und eines weit verbreiteten Atheismus unter der Bevölkerung war die sozialistische Erneuerung (Ost-)Deutschlands binnen kurzer Zeit Realität geworden. Über die genauen Gründe für diesen Erfolg haben wir im Projekt immer wieder diskutiert – mit von Jahr zu Jahr durchaus wechselnden Thesen und Erklärungsmodellen. Die wichtigsten von ihnen finden sich im

vorliegenden Band. Wir sind uns sicher, dass der zugrunde liegende empirische Befund noch manche wissenschaftlich-historische Debatte anleiten wird.

Zum Zweiten bewegt uns bis heute die Frage, warum in der DDR von Mitte der sechziger Jahre an bis unmittelbar zur Wiedervereinigung ein kontrafaktischer Gefahrendiskurs zum Thema Okkultismus geführt wurde. Wir hatten bereits erwähnt, dass die Bevölkerung der DDR sehr früh die abwehrende Positionen der Partei- und Staatsführung gegenüber allen Formen des Paranormalen nicht nur nach Außen hin übernommen, sondern ganz offensichtlich auch tief internalisiert hatte. Von daher hätte in der DDR spätestens seit Ende der sechziger Jahre keine Notwendigkeit mehr für einen ‚Kampf gegen den okkulten Irrationalismus‘ bestanden. Die empirische Analyse staatlicher Dokumente und massenmedialer Veröffentlichungen zeigt jedoch ein ganz anderes Bild. Die vorgängige Erklärung, auf die wir uns im Forschungsprojekt schließlich geeinigt hatten, ist jene, dass die zweite Phase des DDR-Diskurses zum Paranormalen durch eine politische Außenorientierung geprägt war. In dieser (wie Andreas Anton es nennt) „Agitationsphase“ diente das Themenfeld als positives Distinktionsmerkmal im schwelenden Systemkonflikt zwischen Ost und West bzw. Sozialismus und Kapitalismus: Über die Okkultismus-Debatte konnte die DDR sich als besserer deutscher Staat profilieren, nämlich als derjenige, in der (klein-)bürgerlicher Irrationalismus, Mystizismus und Aberglauben durch das sozialistische Denken gänzlich überwunden war. Dabei ist allerdings zu beachten, dass das Konzept der ‚Überwindung‘ im materialistischen Denken als ein dialektisches angelegt ist. Dies gilt auch hier. Die vermeintlich außenpolitische Orientierung des offiziellen Gefahrendiskurses hatte bis zuletzt eben auch eine innenpolitische Stoßrichtung: Es ging um die Immunisierung der eigenen Bevölkerung gegenüber den irrationalen Versuchungen des westlichen Gesellschaftssystems, seiner Lebensweise und nicht zuletzt gegen die pluralistische Ausrichtung der Wissensordnung insgesamt. Letztlich handelt es sich beim fortgesetzten Kampf gegen den Okkultismus dann wohl auch um eine kulturelle Projektion, die – ganz bürgerlich gedacht – als externalisierte Form einer Wiederkehr des kollektiv Verdrängten interpretiert werden kann.

Aus dieser Perspektive sind das Ende der szientistischen Weltanschauung (in) der DDR und der vollständige Sieg der dekadenten bürgerlichen Gesellschaft mit all ihren Irrationalitäten geradezu ein Treppenwitz der Geschichte. Und so wundert es nicht, dass nach der ‚Abwicklung‘ der DDR viele ihrer ehemaligen Bürger und Bürgerinnen ideologisch eher ratlos zurückgeblieben sind. Insofern steht das vermeintlich randständige Thema des Paranormalen in der DDR durchaus programmatisch für eine Vielzahl von ideellen Brüchen und sozialen Verwerfungen, die jene mal mehr, mal weniger erhoffte Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ausgelöst hat – und die wohl nicht nur uns Sozialforscherinnen und -forscher noch weitere Jahrzehnte beschäftigen werden.

Freiburg im Breisgau, im Mai 2018

Michael Schetsche und Ina Schmied-Knittel

1. Einleitung

Aberglaube

Vierblättriges Kleeblatt

Lieschen fand's am Rain

Vor Freude es zu haben

Sprang Lieschen übern Graben

und brach ihr bestes Bein

Spinnelein am Morgen

Lieschen wurd es heiß

Der Tag bracht keinen Kummer

Und abends vor dem Schlummer

Bracht Vater Himbeereis

Der Storch bringt nicht die Kinder

Die Sieben bringt kein Glück

Und einen Teufel gibt es nicht

In unsrer Republik (Brecht 1989: 293)

Dieses Kinderlied, verfasst Anfang der 1950er Jahre von Bertolt Brecht, der sich bekanntermaßen vorbehaltlos zum Sozialismus bekannte, bringt in prägnanter Weise eine der tragenden weltanschaulichen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR zum Ausdruck. Es soll verdeutlichen, dass die DDR („unsere Republik“) ein Staat ist, der sich an den Prinzipien der Rationalität und des Fortschritts orientiert, daher mit irrationalen, abergläubischen Traditionen aus der religiös geprägten Vergangenheit gebrochen hat und dass magische Symbole, ob sie nun Unglück verheißen („Spinnelein am Morgen“) oder Glück versprechen („vierblättriges Kleeblatt“) in der aufgeklärten Gesellschaft der DDR keinen Platz (mehr) haben. Das Kinderlied entstammt einer ganzen Reihe ‚pädagogischer‘ Dichtungen von Bertolt Brecht, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, in der neu gegründeten DDR ideologisch-erzieherische Aufbauarbeit im Sinne des Marxismus-Leninismus für die nachwachsende Generation zu leisten (vgl. Karcher 2006: 98.). Die Stoßrichtung des Kinderliedes befindet sich dabei im Einklang mit umfassenden gesellschaftspolitischen Maßnahmen der DDR-Staatsführung zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, in welcher letztlich jede Form von ‚Aberglaube‘, ‚Irrationalismus‘ und ‚Mystizismus‘ überwunden

werden sollte. Damit war gemäß des marxistisch-leninistischen Atheismus in erster Linie die Religion gemeint, das sozialistische ‚Rationalisierungsprogramm‘ der DDR umfasste jedoch letztlich auch sämtliche im weitesten Sinne esoterischen, übersinnlichen, paranormalen, magischen oder okkulten Vorstellungen und Praktiken. Themen wie Astrologie, Parapsychologie, Okkultismus etc. galten im öffentlichen Diskurs der DDR als (rückständiger) ‚Aberglaube‘, welchem in der sozialistischen Gesellschaft der DDR der Nährboden entzogen sei. Doch jenseits der öffentlichen Diskreditierung jener Themen ist über ihren Stellenwert in der DDR-Gesellschaft so gut wie nichts bekannt. Während es in Bezug auf die Rolle der Kirchen und der Religion in der DDR eine Vielzahl von Studien gibt, ist der Umgang mit jenem speziellen Themengebiet bislang noch nicht systematisch untersucht worden. Konkret gefragt: Was dachten die DDR-Bürger¹ über Themen wie Gedankenübertragung, Wahrträume, Ahnungen, Spuk- und Geistererfahrungen, Parapsychologie, Astrologie, Alternativmedizin oder UFOs? Wurden, unabhängig von den öffentlichen Verlautbarungen, die Beschäftigungen mit entsprechenden Inhalten und dazugehörigen Praktiken in der Bevölkerung tatsächlich zurückgedrängt oder existierten sie zumindest im Verborgenen weiter? Falls ja, mit welchen Konsequenzen hatten diejenigen zu rechnen, die sich mit von der geltenden Weltsicht abweichenden Themen beschäftigten oder sogar selbst weltanschaulich unpassende Erfahrungen machten? Welche gesetzlichen Regelungen bestanden im Zusammenhang mit dem Themenkomplex des ‚Okkulten‘, ‚Paranormalen‘, ‚Übersinnlichen‘? Gab es in der DDR vielleicht sogar geheime staatliche bzw. geheimdienstliche Forschungen zur Parapsychologie und verwandten Gebieten, wie sie etwa in den USA im Rahmen des sog. Projektes *Stargate* und in ähnlicher Weise auch in der UdSSR durchgeführt wurden (vgl. hierzu z.B. May, Rubel & Auerbach 2014)?

Diese Fragen bildeten den Hintergrund eines historisch-soziologischen Forschungsprojektes, das von September 2013 bis September 2016 unter dem Titel *Im Schatten des Szientismus. Zum Umgang mit heterodoxen Wissensbeständen, Erfahrungen und Praxisformen in der DDR* von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert und am Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene (IGPP) in Freiburg durchgeführt wurde. Im Rahmen dieses Forschungsprojektes entstand die vorliegende Dissertation, deren Hauptziel in einer sowohl sozialgeschichtlich als auch (wissens-)soziologisch orientierten Untersuchung der Bedeutung des Themenkomplexes des ‚Paranormalen‘ bzw. ‚Okkulten‘ in der DDR besteht, zu welchem gemeinhin ein breites Spektrum diverser Überzeugungs-, Erfahrungs-, und Praxisformen rund um Themen wie Parapsychologie, Astrologie, Spiritismus, UFOs, alternative Heilmethoden und dergleichen mehr gezählt werden, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass der ontologische Status der damit verbundenen Phänomene wissenschaftlich im Allgemeinen mindestens umstritten ist. In einer Gesellschaft wie der DDR, welche

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen sind neutral gemeint und gelten für beiderlei Geschlecht.

sich dem Selbstverständnis nach voll und ganz an Fortschritt, Vernunft und Wissenschaft orientierte, erscheint die Frage dem gesellschaftlichen Umgang mit derartigen Themen von besonderem Interesse.

Die damit eingeschlagene Forschungsperspektive enthält zwei übergeordnete Leitfragen und Zugangsweisen zum Untersuchungsfeld: Auf der *sozialgeschichtlichen Ebene* geht es um die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung des gewählten Themenfeldes vor dem Hintergrund des komplexen Verhältnisses zwischen umfassenden politisch-staatlichen Machtansprüchen und Herrschaftspraktiken der DDR-Staatsführung einerseits und gesellschaftlichen Widerstands- und Eigendynamiken andererseits. Welche weltanschaulichen Vorgaben gab es seitens des politischen Systems in Bezug auf den Umgang mit den genannten Themen? Inwieweit hielt sich die Bevölkerung an diese Vorgaben? Erweist sich das Feld des Paranormalen in der DDR-Bevölkerung am Ende gar als (weiterer) eigenständiger Bereich nonkonformer, eigensinniger Vorstellungen und Verhaltensweisen? Die *wissensoziologische Ebene* untersucht die Konstruktion, Stabilisierung und Verteidigung der spezifischen Wirklichkeitsordnung der DDR in Bezug auf die genannten Themengebiete. Wie zu zeigen sei wird, wurden Themen wie Parapsychologie, Okkultismus, Astrologie etc. in der DDR vor dem Hintergrund der dominierenden marxistisch-leninistischen Weltanschauung nicht nur als unwissenschaftlich zurückgewiesen, sondern auch als ideologisch abweichend markiert und diskreditiert. In anderen Worten: Es geht um den Umgang mit weltanschaulich ‚unpassenden‘ Erfahrungen, Wissensbeständen und Praktiken in einer Gesellschaft mit einer sehr zugerichteten und strikt abgesicherten Wirklichkeitsbestimmung. In diesem Zusammenhang gilt es zunächst zu klären, warum das Feld des ‚Paranormalen‘ aus der Perspektive der offiziellen Staatsideologie überhaupt als problematisch empfunden wurde und welche Maßnahmen konkret zur ‚Bekämpfung‘ dieser speziellen Form der weltanschaulichen Abweichung ergriffen wurden. Damit verbunden ist die Frage, wo genau im Hinblick auf die genannten Themen die ‚Eingriffsschwelle‘ für staatliche Kontroll- und Diskreditierungspraktiken lag und welche psychosozialen Folgen Einmischungen und Übergriffe des Staatsapparates in die Lebenswelt der DDR-Bevölkerung mit sich brachten.

Entsprechend dieser Leitperspektive widmet sich das folgende (zweite) Kapitel zunächst einer Reflexion des Forschungsstandes der DDR-Sozialgeschichte. Hierbei wird – mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand – vor allem die Frage nach dem Verhältnis zwischen den umfassenden gesellschaftlichen Macht- und Gestaltungsansprüchen der politischen DDR-Führung einerseits und widerständigem, nonkonformem, eigensinnigem Verhalten der DDR-Bevölkerung andererseits im Vordergrund stehen. Kapitel drei begründet und erläutert den wissensoziologischen Teil der gewählten Forschungsperspektive auf das interessierende Untersuchungsfeld. Dabei werden zunächst einige zentrale Implikationen der wissensoziologischen Theorieentwicklung dargestellt, welche dann als Rahmen für eine Rekonstruktion der wesentlichen weltanschaulichen Grundlagen der spezifischen Wirklichkeitsordnung der DDR dienen. Ziel ist hierbei die Be-

reistellung einer Art ‚Basiswissen‘ über grundlegende marxistisch-leninistische Ideologeme – insbesondere in Bezug auf die sog. *wissenschaftliche Weltanschauung*, welche im Hinblick auf den Umgang mit den in dieser Studie untersuchten Themengebieten innerhalb der DDR eine entscheidende ideologische Bezugsgröße darstellte. Im Fokus des vierten Kapitels stehen eine Konkretisierung des gewählten Untersuchungsthemas sowie der Forschungsfragen, eine Darstellung des Materialkorpus und schließlich einige methodisch-methodologische Überlegungen. Letztere beinhalten die Darlegung der theoretischen Rahmungen und des empirischen Forschungsansatzes der *wissenssoziologischen Diskursanalyse*, welche im Rahmen dieser Untersuchung als Hauptmethodik angewandt wurde. In Ergänzung werden weitere wissenssoziologische Konzeptionen vorgestellt, die im Rahmen der empirischen Bearbeitung der Forschungsfragen Verwendung finden: Soziale Deutungsmuster und Dispositive. Die Kapitel fünf bis sieben bilden das empirische Kernstück dieser Arbeit: Hier geht es zunächst (Kapitel fünf) um eine wissenssoziologische Analyse des öffentlichen Diskurses der DDR zu Parapsychologie, Okkultismus, Astrologie und verwandten Themen. Im Kern des Interesses stehen dabei konkrete inhaltliche Positionierungen im öffentlichen Diskurs, mögliche Veränderungen von Diskurslogiken im zeitlichen Verlauf, aber auch diskursive Strategien und zentrale Akteure in Bezug auf den Umgang mit jenen Themengebieten. Das darauf folgende Kapitel sechs fragt nach administrativen, institutionellen, gesetzlichen bzw. strafrechtlichen Regelungen und Zuständigkeiten im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgebiet: In welcher Weise wurde der Umgang mit dem ‚Paranormalen‘ institutionell geregelt? Spielten entsprechende Themen bspw. eine Rolle bei den Polizeibehörden, dem Ministerium für Staatssicherheit oder anderen staatlichen Institutionen? Beschäftigten sich staatliche Forschungseinrichtungen in irgendeiner Weise mit paranormalen bzw. grenzwissenschaftlichen Themen? Das siebte Kapitel legt schließlich dar, welche Bedeutung einschlägige Themen aus dem Bereich des ‚Paranormalen‘ in der DDR-Bevölkerung hatten. In diesem Zusammenhang geht es unter anderem um die Frage, wie weit verbreitet entsprechende Überzeugungen, Praktiken oder auch Erfahrungen in der DDR überhaupt waren. Das Schlusskapitel bündelt die empirischen Befunde und bemüht sich um eine gleichermaßen sozialgeschichtlich wie wissenssoziologisch informierte Beurteilung der Bedeutung des Themenkomplexes des ‚Paranormalen‘ bzw. ‚Okkulten‘ in der DDR-Gesellschaft.

2. Zum Forschungsstand der DDR-Sozialgeschichte

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 03. Oktober 1990 wurde die DDR nach über 40 Jahren Bestehen zur Geschichte – und damit zu einem Thema für die Geschichtswissenschaft. Seither entstand eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten, die sich um eine historische Einordnung der DDR bemühen. Von Anfang an war die DDR-Historiographie eng „mit einer breiteren gesellschaftlichen und politischen ‚Aufarbeitung‘ der Geschichte des zweiten deutschen Staates verwoben“ (Bauerkämper 2005: 45). Dieses große politische und öffentliche Interesse verlieh der DDR-Geschichtsforschung kräftige Impulse, die teilweise bis heute anhalten und sich bspw. auch in der Einrichtung zahlreicher Museen und Gedenkstätten mit DDR-Bezug widerspiegeln (vgl. Hüttmann 2008: 339). Im Laufe der Jahre haben sich innerhalb der historischen Forschung über die DDR unterschiedliche Schwerpunkte herausgebildet. Während Anfang der neunziger Jahre politikhistorische Studien dominierten, die vor allem der Frage nach der Durchsetzung und Stabilisierung des SED-Staates nachgingen, entstanden ab Mitte der neunziger Jahre zunehmend Arbeiten, die sich wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Aspekten zuwandten (vgl. S. 46).

Ein zentraler Aspekt der sozialgeschichtlichen DDR-Forschung ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesellschaft im staatssozialistischen System der DDR. Hierzu wurden unterschiedliche Forschungsperspektiven und Beschreibungsmodelle entwickelt, die die Frage im Blick haben, wie sich die politische Struktur der DDR auf die Gesellschaft bzw. die Lebenswelt der DDR-Bürger ausgewirkt hat. Versucht man, den bisherigen Forschungs- und Diskussionsstand zu bilanzieren, lassen sich, grob vereinfacht, zwei Pole ausmachen, die den entsprechenden wissenschaftlichen Diskurs rahmen: Zum einen Ansätze, die – an totalitarismustheoretische Perspektiven anknüpfend – das „Absterben“ (Meuschel 1992) bzw. die parteipolitisch durchgesetzte und von den Staatsorganen abgesicherte „Durchherrschaft“ (Lüdke 1994) der DDR-Gesellschaft analysieren und zum anderen Arbeiten, die auf die Grenzen der SED-Herrschaft hinweisen und nonkonformes Verhalten sowie individuelle Bedürfnisbefriedigung („Eigen-Sinn“, Lüdke 1993) in diversen „Nischen“ (Gaus 1983) innerhalb der DDR-Gesellschaft untersuchen. Zwischenpositionen betonen die „konstitutive Widersprüchlichkeit“ (Pollack 1998) bzw. die „Doppelkultur“ (Lemke 1991) der DDR-Gesellschaft und analysieren in diesem Zusammenhang mögliche Ursachen für den plötzlichen Zusammenbruch des bis 1989 relativ stabilen politischen Systems der DDR. Aufschlussreich in Bezug auf die Frage nach der gesellschaftlichen Tiefenwirkung der umfassenden Machtansprüche der SED sind vor allem Studien zu Widerstand und Opposition in der DDR (siehe etwa Veen et al. 2000; Fricke et al. 2002). Ein weiteres, für die vorliegende Studie relevantes Forschungsfeld ist die Frage nach den Spezifika, Strukturen und Merkmalen von Erinnerungsdiskursen in Bezug auf die DDR-Geschichte. Wie zu zeigen sein wird, sind die dominanten, aber auch die eher von Minderheiten getragenen Erinnerungskulturen im Zusammenhang mit der DDR vielschichtige Konstrukte,

in die individuelle Erinnerungen ebenso Einzug halten wie kollektiv bzw. diskursiv erzeugte Narrationen (vgl. Goudin-Steinmann & Hähnel-Mesnard 2013b).

2.1 Die DDR als ‚durchherrschte Gesellschaft‘

Die weitreichenden Ansprüche, die das politische System der DDR auf seine Bürger geltend machte, scheinen zunächst in der Tat eine totalitarismustheoretische Perspektive zu rechtfertigen, ging es der „DDR als kommunistisch geprägter Diktatur“ doch um nichts weniger, als eine neue, „politisch gesteuerte Gesellschaft zu schaffen, in der herkömmliche Differenzierungen abgeschafft, Prinzipien einer neuen Gleichheit verwirklicht [...] und neuartige Strukturen – vor allem die sozialistische Eigentumsordnung – etabliert sein würden: eine neue Gesellschaft mit neuen Menschen.“ (Kocka 1994: 547) Das Fundament dieses weitreichenden Herrschafts- und Geltungsanspruches und der damit einhergehenden programmatischen Technokratik der DDR-Administration zur Herausbildung einer homogenen „sozialistischen Menschengemeinschaft“ (Bauerkämper 2005: 1) war der umfassende Welterklärungsanspruch des Marxismus-Leninismus. Dieser gab vor, nicht nur eine objektive *wissenschaftliche Weltanschauung* zu sein, sondern vertrat auch einen *Absolutheits- bzw. Überlegenheitsanspruch* gegenüber anderen Wirklichkeitsordnungen (vor allem jener westlich-kapitalistischer Gesellschaften). So heißt es in einer programmatischen Schrift zum dialektischen Materialismus aus dem Jahr 1959: „Die einzige Weltanschauung, die in vollem Umfang wahr ist, die ein in sich geschlossenes System darstellt, ist der dialektische Materialismus“ (Klaus, Kosing & Redlow 1959: 15f.). Man war sich sicher, mit dem Marxismus-Leninismus ein „alle Bereiche von Natur und Gesellschaft bestimmendes Prinzip gefunden zu haben und deshalb eine Weltanschauung zu vertreten, die jenem Prinzip in allen Bereichen gerecht wird“ (Schmidt-Lux 2008: 119). Daher sollte der Marxismus-Leninismus nicht nur das Leitprinzip für Politik, Ökonomie, Kultur und Wissenschaft sein, sondern eben auch für die *gesellschaftliche Entwicklung*.

Zur Durchsetzung dieser ‚einzigen Wahrheit‘ des Marxismus-Leninismus und der darauf basierenden weitreichenden „Ansprüche auf Herz und Geist“ (Ross 2002: 748) der DDR-Bürger wurde ein umfangreiches, hierarchisch organisiertes und zentral gesteuertes System parteipolitischer Macht etabliert, mit dessen Hilfe letztlich die gesamte Gesellschaft politisch und ideologisch durchdrungen und kein politikfreier Raum zugelassen werden sollte:

„Nicht nur die politischen Organisationen im engeren Sinn, sondern auch die formal außerpolitischen Institutionen, Verbände, Zirkel und Initiativen sollten politisch instrumentalisiert werden, ja, selbst das Individuum sollte organisatorisch erfasst und durch verschiedene staatlich und parteiamtlich gelenkte Institutionen gesteuert werden [...]“ (Pollack 1998: 115).

Vor dem Hintergrund dieser umfangreichen Macht- und Herrschaftsansprüche der DDR-Staatsführung und entsprechender Durchsetzungsversuche bis in die alltägliche Lebenswelt der DDR-Bürger hinein erfreute sich die zuerst bei

Lüdke (1994), Kocka (1994) und in dem Sammelband *Die Grenzen der Diktatur* von Bessel und Jessen (1996a) diskutierte These der DDR als „durchherrschter Gesellschaft“² einer gewissen Beliebtheit. Im Kern geht es bei dieser Diskussion um die Frage, inwieweit die DDR tatsächlich als eine „homogene, sozialstrukturell nivellierte Gesellschaft beschrieben werden kann“ (Pollack 1998: 110). Einer der Ausgangspunkte für diese Auseinandersetzung sind die totalitarismustheoretischen Arbeiten zur DDR-Sozialgeschichte der Sozialwissenschaftlerin Sigrid Meuschel (etwa 1990, 1991, 1992, 1993) (vgl. Hüttmann 2008: 300f.). Meuschel argumentiert, dass die gesellschaftlichen und sozialen Prozesse in der DDR weitgehend auf die Herrschaftsausübung der SED zurückzuführen seien, die Sozialgeschichte der DDR könne also nicht ohne die ständige Einbeziehung des Politischen verstanden werden (vgl. Kocka 1994: 547). Durch die nahezu vollständige Entmachtung sämtlicher außerpolitischen Institutionen und Strukturen sei der DDR-Gesellschaft nachhaltig die Gestaltungskraft genommen worden. Die Ökonomie, das Recht und das Geld seien „weitgehend in den Dienst der Parteiherrschaft gestellt worden, deren umfassender Regelungsanspruch keine konkurrierenden Steuerungsmechanismen zugelassen“ (Bauerkämper 2005: 56; vgl. Meuschel 1993: 5) habe. Daher sei die DDR-Gesellschaft „gleichsam stillgelegt“ worden (Meuschel 1993: 6), es sei zu einem „Absterben“ der Gesellschaft der DDR und ihrem Aufgehen im Staat gekommen:

„Es fand ein machpolitisch durchgesetzter sozialer Entdifferenzierungsprozess statt, der die ökonomischen, wissenschaftlichen, rechtlichen, oder kulturellen Subsysteme ihrer Eigenständigkeit beraubte, ihre spezifischen Rationalitätskriterien außer Kraft setzte oder politisch-ideologisch überlagerte. Nicht der Staat starb ab im Verlauf der jahrzehntelangen Herrschaft der Partei, es handelte sich vielmehr um einen Prozeß des Absterbens der Gesellschaft.“ (Meuschel 1992: 10)

Die Basis dieser Positionierung bildet eine herrschafts- bzw. totalitarismustheoretisch ausgerichtete Analyse der SED-Ideologie anhand von in Programmen, Parteibeschlüssen und theoretischen Schriften veröffentlichten Aussagen. Meuschel untersuchte gleichsam die Binnenlogik eines politischen Systems, dass „unentwegt von ‚Gesellschaft‘ als Objekt und Ziel“ seiner Herrschaft redete und entsprechende Macht- und Gestaltungsansprüche formulierte und durchsetzte (Lindenberger 1999: 16). Sie scheut dabei nicht davor, diese weitreichenden politischen Steuerungsansprüche als ‚totalitär‘ zu bezeichnen: „Totalitär ist dieser Anspruch deshalb zu nennen, weil er darauf zielte, die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in all ihren Aspekten zu planen und steuern. Das veränderte die Gesellschaft grundlegend, prägte nicht allein den Charakter des Herrschaftssystems.“ (1993: 5)

Der Vorteil dieser Perspektive liegt auf der Hand: So lassen sich in der DDR tatsächlich kaum Lebensbereiche finden – auch nicht, wenn sie formal ‚politik-

2 Zum ersten Mal taucht der Begriff der „durchherrschten Gesellschaft“ bei Lüdtko (1996: 188) auf.

fremd sind –, die ohne „den unmittelbar auf sie bezogenen Herrschaftsanspruch der SED“ (Lindenberger 1999: 20) zu denken und zu verstehen wären. Die Partei der Arbeiterklasse „beanspruchte erfolgreich die Kompetenz für alle Lebensbereiche. Entscheidungen auf allen Gebieten wurden entweder ex ante von der Partei getroffen oder waren ex post von ihr zu bestätigen“ (Lepsius 1994: 18). Eine Folge dieser konsequenten, umfassenden „Durchherrschaftung“ war, dass der „Kreis der über die vielen Befehlsketten und -hierarchien an dieser Herrschaftsausübung zumindest *formal* Beteiligten sehr groß war“ (Lindenberger 1996: 313. Hervorhebung wie im Original). Somit war nahezu jeder gesellschaftliche Bereich, „jedwede gesellschaftliche Verantwortung, Aktivität und Aufgabe [...] auf die eine oder andere Weise in die ‚Diktatur des Proletariats eingefügt‘“ (ebd.) und erhielt direkt oder indirekt einen politischen Auftrag.

Auch auf der Ebene gesellschaftlicher Institutionen betrafen die umfassenden Umgestaltungen beim Aufbau der DDR nahezu jeden Bereich:

„Durch die Gleichschaltung aller Organisationen, Verbände und Vereine verlor die Gesellschaft ihre Fähigkeit zur Selbstbestimmung bis auf einige Restbestände, so daß sie diesem Veränderungsprozeß mehr oder weniger wehrlos ausgeliefert war. Auch die als Förderung verkleidete Zensur der Kultur nahm den Universitäten, Medien, Verlagen usw. ihre Autonomie und degradierte sie zu Werkzeugen der Umgestaltung.“ (Jaraus 1999: 8)

Besonders hervorzuheben ist dabei der Umstand, dass jene umfangreichen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen *zentral gesteuert*, also nicht zivilgesellschaftlich mitbestimmt wurden (vgl. Lepsius 1994: 25). Vor allem im Vergleich zu den sich immer stärker untergliedernden westlichen Zivilgesellschaften

„war die gesellschaftliche Struktur im Osten tatsächlich ‚entdifferenziert‘, da ihre zahlreichen Organisationen von der SED kontrolliert, mit Kadern durchsetzt und planmäßig von oben gelenkt wurden. Das hervorragende Merkmal der realsozialistischen Gesellschaft war zweifellos das Ausmaß ihrer Beherrschung durch die Partei, die prinzipiell keinen gesellschaftlichen Raum unbeeinflusst ließ, damit sich dort nicht Oppositionskerne bilden konnten.“ (Jaraus 1999: 9)

Ähnlich argumentiert auch Lüdtkte (1998), wenn er den von ihm gesetzten Begriff der „durchherrschten Gesellschaft“ dahingehend erläutert, dass die Alltagswirklichkeiten der DDR-Gesellschaft „sich relativ stärker auf Herrschaft“ bezogen als in westlichen Industriegesellschaften und nicht der Erfolg der Herrschaftsstrategien der DDR-Administration auffällig sei, „sondern das Ausmaß, in dem auf sie Bezug genommen wurde“ (S. 12). Kocka (1994) resümiert, die DDR-Gesellschaft erweise sich alles in allem als ein im hohen Maße „künstliches Produkt politischer Herrschaft, von dieser ermöglicht, durchformt und abhängig“ (S. 550).

Auf den ersten Blick scheint die Perspektive von Lüdtkte und Kocka sich an die Arbeiten Meuschels anzuschließen und die Lesart nahezu legen, „die DDR-Gesellschaft sei vollständig, von oben bis unten gewissermaßen, vom Politbüro ‚durchherrscht‘ gewesen“ (Lindenberger 1999: 19), doch Kocka wies bereits in

seinem vielzitierten Aufsatz über die DDR als „eine durchherrschte Gesellschaft“ (1994) auf die Schwachstellen und Grenzen einer solchen, einseitig auf die Auswirkungen politischer Macht fokussierten Perspektive hin: „Falsch wäre es nämlich, anzunehmen, daß die Herrschaft von Partei und Staat die Gesellschaft total prägte und determinierte. [...] Staatlich-parteiliche Steuerung und Durchdringung stießen ständig auf Grenzen. Bisweilen lösten sie sogar Gegentendenzen aus.“ (S. 550) Und an anderer Stelle: „Wenngleich nicht aus Gründen rechtsstaatlicher Absicherung, so doch als Folge des Zwangs der Verhältnisse blieb die politisch-herrschaftliche Durchdringung der DDR-Gesellschaft begrenzt.“ (Ebd.) Diese Begrenzung der Herrschaftsausübung des politisch-administrativen Systems der DDR zeige sich insbesondere daran, dass man bei näherem Hinsehen in der DDR-Gesellschaft überall „informelle Strukturen, inoffizielle Beziehungsgeflechte und Problemlösungsmuster [entdecke], die formell nicht vorgesehen waren, aber auf Funktionsdefizite der offiziellen Struktur reagierten oder auch zu Basen des Rückzugs, der Sperrigkeit, des stillen Widerspruchs werden konnten“ (S. 551).

Jessen (1995) schlug in Ergänzung zu Meuschel zwei Vorgehensweisen vor, um der seiner Meinung nach durch die herrschaftstheoretische Fixierung in Meuschels Perspektive drohenden

„Verflüchtigung des Erkenntnisobjektes DDR-Gesellschaft entgegenzuarbeiten: Die verstärkte Beachtung informeller Beziehungen und Handlungsweisen, denen eine in erster Linie an der hochformalisierten und ritualisierten Herrschaftsausübung der SED orientierte Betrachtung nicht gerecht wird, und daraus notwendigerweise folgend den Wechsel der Betrachtungsebene durch die Erforschung von Mikrostrukturen sozialer Beziehungen, da nur so das Ineinander von formeller Herrschaftsstruktur und informeller Beziehungsarbeit entschlüsselt werden kann.“ (Lindenberger 1999: 17)

In ähnlicher Weise argumentiert Pollack (1998), der in Auseinandersetzung mit den Thesen Meuschels betont, dass deren Ansatz des „Absterbens“ der DDR-Gesellschaft dazu tendiere, „Tendenzen, die den klaren Machtverteilungsverhältnissen zuwiderlaufen, zu übersehen und Konflikte, Widerständigkeiten, individuelle Handlungsmöglichkeiten, kulturelle Resistenzbereiche, kommunikative Nischen, Formen der Verweigerung und Scheinarrangements zu unterschätzen“ (S. 111).

Somit griffen Jessen und Pollack letztlich auf, was schon Kocka (1994) forderte, indem er betonte, dass es darauf ankomme, das dynamische Wechselwirkungsverhältnis zwischen der „diktatorischen Herrschaft und den vielfältigen Weisen zu erforschen, in denen die Menschen mit ihr umgingen – von unkritischer Identifikation und überzeugter Kooperation über opportunistische Anpassung, Apathie und Rückzug ins Private bis hin zur Resistenz und Opposition“ (S. 552). Dementsprechend gelte es, die „die faktischen Grenzen der Durchherrschung“ (ebd.) im Alltag der DDR-Gesellschaft näher zu bestimmen – eine Forderung, der in den kommenden Jahren in vielfältiger Weise nachgekommen wurde.

2.2 An den Grenzen der Herrschaft: ‚Nischengesellschaft‘ und ‚Eigen-Sinn‘

Noch vor den über die Arbeiten von Sigrid Meuschel ausgelösten Debatten über das Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in der DDR trat der Journalist und Publizist Günter Gaus mit seinem Konzept der DDR als „Nischengesellschaft“ hervor. Jene „Nischen“ der DDR-Gesellschaft seien jedoch prinzipiell nicht als Räume des Widerstandes gegen das DDR-System zu betrachten, vielmehr seien die

„privaten Lebensräume, als Nischen ausgestaltet, [...] Freiräume von der herrschenden Lehre. Damit sind sie keineswegs grundsätzlich Widerstandsnester. Im Gegenteil: Sie haben eine Ventilfunktion. Es ist geradezu ein Kriterium der mitteleutschen Nischen, daß ihre Inhaber, ihre Einwohner sich durch die Möglichkeit der Nische, des individuellen Glücks im Winkel, mit dem Regime ihres Staates arrangiert haben.“ (Gaus 1983: 158).

Gegen die Vorstellung der DDR als einem „allgewaltigen Willkürstaat“, der „den Menschen kaum Luft zum Atmen läßt“, spreche nach Gaus die „Privatheit der Nischen, das private Glück und Unglück in ihnen, die Staatsferne, in der ein großer Teil des Lebens in der DDR statthat“ (S. 159). Weiter charakterisiert Gaus die Nischen innerhalb der DDR-Gesellschaft als der

„bevorzugte Platz der Menschen drüben, an dem sie Politiker, Planer, Propagandisten, das Kollektiv, das große Ziel, das kulturelle Erbe – an dem sie das alles einen guten Mann sein lassen, Gott einen guten Mann sein lassen und mit der Familie und unter Freunden die Topfblumen gießen, das Automobil waschen, Skat spielen, Gespräche führen, Feste feiern. Und überlegen, mit wessen Hilfe man Fehlendes besorgen, organisieren kann, damit die Nische noch wohnlicher wird“ (S. 160f).

Dieses private Nischenleben sei dabei „die vorherrschende Existenzform in der DDR“ (S. 161). Alte Vorurteile gegenüber dem Sozialismus, die umfangreichen gesellschaftlichen Veränderungen der Anfangszeit der DDR sowie die Flucht vieler DDR-Bürger in den Westen hätten die privaten Nischen im Laufe der Zeit zu „Fluchtburgen“ gemacht, die „so hermetisch verriegelt waren, wie es die Anpassung an die verlangte gesellschaftliche Aktivität nur irgend zuließ“ (S. 178).

Allerdings ist bei einem Verständnis der DDR als gleichsam gespaltene Gesellschaft, in der eine Sphäre des Alltags vermeintlich unabhängig neben der offiziellen politischen Kultur existierte und in der die Menschen – für das Herrschaftssystem mehr oder weniger unerreichbar – untertauchen konnten, Vorsicht geboten. Zwar zeigt Gaus' Beobachtung der Nischen, dass auch in der DDR ein ‚normales‘, das heißt triviales Alltagsleben existierte, welches keineswegs dem jahrzehntelang propagierten Bild der offiziellen politischen Kultur entsprach. Doch besaßen diese Nischen eben primär eine (unpolitische) *Ventilfunktion*, indem sie es erlaubten, sich von den ideologischen Bevormundungsansprüchen und Machtinstitutionen zumindest auf Zeit zurückzuziehen. Keineswegs jedoch existierten diese privaten Winkel *außerhalb* des Systems oder waren von diesem